



FUSSBALL- und LEICHTATHLETIK-VERBAND
WESTFALEN e. V.

Satzung *

Fußball – und Leichtathletik - Verband Westfalen e.V.

* (zuletzt geändert durch Beschluss der Ständigen Konferenz vom 17.12.2016)

Inhalt

Präambel

A. Grundlagen, Zweck und Gemeinnützigkeit

B. Mitgliedschaft des FLVW in Organisationen und Verbänden

C. Verbandsmitgliedschaft

D. Die Organe des Verbandes

- I. Grundsätze
- II. Verbandstag
- III. Leitungs- und Führungsgremien des Verbandes, Geschäftsführung

E. Sonstige Einrichtungen und Gremien des Verbandes

F. Straf- und Ordnungsgewalt des Verbandes

G. Die Kreise und ihre Organe

- I. Grundsätze
- II. Kreistag
- III. Leitungs- und Führungsgremien der Kreise

H. Verbandsleben

I. Schlussbestimmungen

Präambel

Der Fußball - und Leichtathletik - Verband Westfalen e.V. ist 1954 durch den Zusammenschluss zwischen dem im Jahre 1946 gegründeten Fußball-Verband Westfalen e.V. (vormals Nr. 70 im Vereinsregister des Amtsgerichts Kamen/Westfalen) und der Leichtathletik entstanden. Er wurde am 15.11.1955 in das Vereinsregister des Amtsgerichts Kamen/Westfalen eingetragen.

A. Grundlagen, Zweck und Gemeinnützigkeit

§ 1 Name, Sitz ,Verbandsfarben, Geschäftsjahr

(1) Der Verband führt den Namen

"Fußball - und Leichtathletik- Verband Westfalen e.V.“ (FLWW).

Er ist im Vereinsregister des Amtsgericht Hamm unter der Nr. 10075 eingetragen.
Sitz des Verbandes ist Kamen/Westfalen.

(2) Die Farben des Verbandes sind Rot-Weiß.

(3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr

§ 2 Zweck des Verbandes

(1) Der Verband bezweckt die Förderung des Sports und der Jugendhilfe, insbesondere in den Sportarten Fußball und Leichtathletik und im Bereich des Freizeit- und Breitensports.

(2) Der Verbandszweck wird u.a. erreicht durch:

- a) die Schaffung von Strukturen und Rahmenbedingungen zur zeitgemäßen Ausübung des Spiel- und Sportbetriebes;
- b) die Koordination von Maßnahmen im Verbandsgebiet zur Durchführung eines leistungsorientierten Trainings- und Spielbetriebes;
- c) den Aufbau eines umfassenden Trainings- und Übungsprogramms für alle Bereiche, einschließlich des Freizeit- und Breitensports;
- d) die Organisation von sportspezifischen und auch übergreifenden Veranstaltungen;
- e) die Durchführung von allgemeinen und offenen Jugendveranstaltungen und Maßnahmen;
- f) die Beteiligung an Turnieren und Wettkämpfen;
- g) die Durchführung, Förderung und Unterstützung der fachlichen und überfachlichen Aus- und Weiterbildung seiner Mitglieder und Mitarbeiter, insbesondere der Übungsleiter, Trainer, Schiedsrichter und Kampfrichter;
- h) die Pflege und Förderung des Ehrenamtes,
- i) die Bekämpfung des Dopings in jeder Form und das Eintreten in enger Zusammenarbeit mit den Spitzenfachverbänden für präventive und repressive Maßnahmen, die geeignet sind, den Gebrauch verbotener leistungssteigernder Mittel und/oder Methoden zu unterbinden.

§ 3 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verband verfolgt im Rahmen von § 2 dieser Satzung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Der Verband ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Alle Mittel des Verbandes dürfen nur zu satzungsmäßigen Zwecken verwendet werden.
- (3) Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Verbandes fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (4) Ausscheidende Mitglieder haben gegen den Verband keine Ansprüche auf Zahlung des Wertes eines Anteils am Verbandsvermögen.

§ 4 Grundsätze der Verbandsarbeit

- (1) Der Verband lehnt eine parteipolitische und konfessionelle Bindung ab. Er tritt rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen entgegen.
- (2) Soweit in dieser Satzung die männliche Bezeichnung eines Amtes oder einer Organ- oder Gremienfunktion gebraucht wird, sind Männer und Frauen in gleicher Weise gemeint.

§ 4 a Doping

- (1) Der Verband verpflichtet sich, das Dopingverbot auf der Grundlage des NADA-Codes zu beachten und durchzusetzen, um Spieler und Athleten vor Gesundheitsschäden zu bewahren und Fairness im sportlichen Wettbewerb und Glaubwürdigkeit im Fußballsport und in der Leichtathletik zu erhalten.
- (2) Das Präsidium beruft einen Anti-Doping-Beauftragten. Dieser berät das Präsidium in Anti-Doping-Angelegenheiten und ist Ansprechpartner für Athleten, Trainer und die NADA sowie für die Anti-Doping-Beauftragten des DFB, DLV, WDFV und der Landesverbände im WDFV.
- (3) Der Verband anerkennt
 - a) im Bereich des Fußballs die Anti-Doping-Regelungen des DFB und WDFV,
 - b) im Bereich der Leichtathletik die Anti-Doping-Regelungen des DLV,insbesondere die Anti-Doping-Richtlinien des DFB, den Anti-Doping-Code des DLV sowie die Anti-Doping-Regelungen des WDFV gem. §§ 38 der Satzung/WDFV; 8 a), 47 der Rechts- und Verfahrensordnung/WDFV und § 43 der Spielordnung/WDFV in der jeweils geltenden Fassung.
- (4) Der Vollzug des Anti-Doping-Regelwerkes gem. Abs. (3), insbesondere das Sanktionsverfahren und der Ausspruch von Sanktionen obliegt unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges – einschließlich des einstweiligen Rechtsschutzes – im Bereich des Fußballs dem WDFV, im Bereich der Leichtathletik dem DLV oder einem

von diesen Beauftragten. Die Verbandsmitglieder, Amtsträger, Trainer und Athleten sind verpflichtet, die danach getroffenen Entscheidungen anzuerkennen.

§ 5 Verbandsgebiet

- (1) Das Verbandsgebiet umfasst den Raum Westfalen.
- (2) Das Verbandsgebiet ist in Kreise eingeteilt. Die Kreise sind Verwaltungsstellen des Verbandes ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- (3) Die Kreise gliedern sich wie folgt:

Kreis 1	Ahaus-Coesfeld
Kreis 2	Lüdenscheid
Kreis 3	Arnsberg
Kreis 4	Beckum
Kreis 5	Bielefeld
Kreis 6	Bochum
Kreis 7	Hochsauerlandkreis
Kreis 8	Paderborn
Kreis 10	Detmold
Kreis 11	Dortmund
Kreis 12	Gelsenkirchen
Kreis 13	Hagen
Kreis 14	Herford
Kreis 15	Herne
Kreis 16	Höxter
Kreis 17	Iserlohn
Kreis 18	Lemgo
Kreis 19	Lippstadt
Kreis 20	Lübbecke
Kreis 23	Minden
Kreis 24	Münster
Kreis 25	Olpe
Kreis 27	Recklinghausen
Kreis 28	Siegen/Wittgenstein
Kreis 29	Soest
Kreis 30	Steinfurt
Kreis 31	Tecklenburg
Kreis 32	Unna-Hamm
Kreis 34	Gütersloh
- (4) Jedes Mitglied gemäß § 7 Absatz (1) wird durch das Präsidium einem Kreis zugeordnet. Über den von einem Mitglied beantragten Kreiswechsel entscheidet das Präsidium unanfechtbar. Der Antrag ist schriftlich zu begründen. Dem Antrag sind die schriftlichen Stellungnahmen der betroffenen Kreisvorstände beizufügen.

B. Mitgliedschaft des FLVW in Organisationen und Verbänden

§ 6 Mitgliedschaften des FLVW

- (1) Der Verband ist Mitglied im
 - a) Deutschen Fußball-Bund e.V. (DFB);
 - b) Deutschen Leichtathletikverband e.V. (DLV);
 - c) Westdeutschen Fußballverband e.V. (WDFV).
- (2) Der Verband erkennt die Satzungen, Ordnungen und Wettkampfbestimmungen der übergeordneten Verbände gemäß Absatz (1) als verbindlich an.
- (3) Der Verband hat das Recht auf Mitgliedschaft in anderen Institutionen.

C. Verbandsmitgliedschaft

§ 7 Mitgliedschaften

- (1) Mitglieder des Verbandes sind eingetragene Vereine (e.V.) und nicht rechtsfähige Vereine.
- (2) Die Mitglieder des FLVW und deren Einzelmitglieder erkennen die Satzungen, Ordnungen und sonstigen Bestimmungen des FLVW und der übergeordneten Verbände gemäß § 6 Absatz (1) als verbindlich an.

Soweit nicht ausschließlich interne Angelegenheiten der Mitglieder betroffen sind, übertragen die Mitglieder ihre Ordnungsbefugnisse auf den FLVW und die übergeordneten Verbände.

Die Mitglieder des FLVW sind verpflichtet, in ihrer Vereinssatzung die Übertragung der Ordnungsgewalt und die mittelbare Mitgliedschaft ihrer Einzelmitglieder in vorstehendem Sinne zu regeln.

- (3) Für die Mitglieder des Verbandes ist die geschäftliche Werbung im Vereinsnamen und Vereinszeichen unzulässig. Der bis zum 31.7.1987 vorhandene Besitzstand bleibt von dieser Regelung unberührt.
- (4) Der Verband verleiht Ehrenmitgliedschaften nach Maßgabe dieser Satzung und der Ehrungsordnung.

§ 8 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft der Vereine wird durch Aufnahme erworben. Gleiches gilt bei Zusammenschlüssen von Vereinen und Abteilungen.
- (2) Es ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag, der nicht elektronisch übermittelt werden darf, an die Verbandsgeschäftsstelle zu richten. Der Antrag ist über den örtlich zuständigen Kreisvorsitzenden einzureichen.
- (3) Über die Aufnahme entscheidet das Präsidium nach Maßgabe der Aufnahme Richtlinien des Verbandes, die von der Ständigen Konferenz erlassen werden.
- (4) Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht.

§ 9 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch
 - a) Austritt aus dem Verband (Kündigung);
 - b) Auflösung oder Löschung des Vereins im Vereinsregister;
 - c) Ausschluss;

- d) Auflösung des Verbandes.
- (2) Der Austritt aus dem Verband erfolgt durch schriftliche Erklärung, die nicht elektronisch übermittelt werden darf, gegenüber der Verbandsgeschäftsstelle. Der Austritt kann nur zum Ende eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Wochen erklärt werden. Dem ausscheidenden Mitglied steht kein Anspruch auf Rückzahlung überzahlter Beiträge zu.
- (3) Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis. Noch ausstehende Verpflichtungen aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, insbesondere ausstehende Beitragspflichten, bleiben unberührt.
- (4) Die Beendigung der Ehrenmitgliedschaft regelt die Ehrungsordnung.

§ 10 Ausschluss aus dem Verband

- (1) Ein Ausschluss kann erfolgen, wenn ein Mitglied in grober Weise den Verbandsinteressen zuwiderhandelt oder ein anderer wichtiger Grund gegeben ist.
- (2) Über den Ausschluss entscheidet das Präsidium auf Antrag. Zur Antragstellung ist jedes Verbandsorgan und der örtlich zuständige Kreisvorstand berechtigt.
- (3) Vor der Ausschließungsentscheidung ist dem betroffenen Mitglied rechtliches Gehör zu gewähren.
- (4) Der Ausschließungsbeschluss ist zu begründen und wird 10 Tage nach Bekanntmachung in den Offiziellen Mitteilungen des FLVW (§ 49) wirksam.
- (5) Auf Antrag ist der Beschluss des Präsidiums dem betroffenen Mitglied mit Begründung schriftlich mitzuteilen.
- (6) Gegen die Entscheidung des Präsidiums ist der Antrag auf sportgerichtliche Entscheidung nach Maßgabe der Rechts- und Verfahrensordnung des Westdeutschen Fußball- und Leichtathletik-Verbandes (RuVO/ WDFV) statthaft.
- (7) Der Antrag ist durch Einschreiben innerhalb von 10 Tagen nach Bekanntmachung des Ausschließungsbeschlusses beim Präsidium einzureichen. Hilft dieses dem Antrag nicht ab, so ist die Sache der Verbandsspruchkammer Westfalen vorzulegen, die abschließend entscheidet.

Der Antrag auf sportgerichtliche Entscheidung ist gebühren- und auslagenpflichtig. Näheres regelt die Finanzordnung.

- (8) Der Weg zu den ordentlichen Gerichten bleibt unberührt, ist aber nur statthaft, wenn alle verbandsinternen Verfahren abgeschlossen sind.

§ 11 Rechte der Mitglieder

Die Mitglieder gemäß § 7 Absatz 1 sind berechtigt, durch ihre Delegierten an den Sitzungen ihres örtlich zuständigen Kreistages teilzunehmen, Anträge zur Beschlussfassung einzubringen, bei der Fassung der Beschlüsse mitzuwirken, und ihr satzungsgemäßes Stimmrecht auszuüben.

Die Rechte der Ehrenmitglieder gemäß § 7 Absatz 4 richten sich nach dieser Satzung und der Ehrungsordnung.

§ 12 Allgemeine Pflichten der Mitglieder des Verbandes

- (1) Die Mitglieder des Verbandes sind verpflichtet, den Verbandszweck zu fördern und alles zu unterlassen, was das Ansehen des Verbandes gefährden könnte.
- (2) Die Mitglieder des Verbandes gemäß § 7 Absatz (1) sind verpflichtet, der Verbandsgeschäftsstelle ihren Mitgliederbestand, Mannschaften, Vorstand gemäß § 26 BGB sowie die Abteilungsleiter, Besondere Vertreter (§ 30 BGB) und die sonstigen vom Verband erhobenen Daten mit dem dafür vorgesehenen Vordruck innerhalb der Melded Fristen zu melden. Ab dem 01.05.2010 hat die Meldung mittels des im Rahmen der DFB-net Anwendungen vom Verband bereitgestellten elektronischen Vereinsmeldebogen zu erfolgen.
Änderungen des Vorstandes, der Besonderen Vertreter und der Abteilungsleiter sind in jedem Falle unverzüglich zu melden.
- (3) Mitglieder des Verbandes gemäß § 7 Absatz (1) sind verpflichtet, die vom Verband im Rahmen der DFB net-Anwendungen bereitgestellten elektronischen Postfächer einzurichten und die dort eingestellten Informationen zu bearbeiten. Diese Verpflichtung gilt gleichermaßen für alle Mitarbeiter des Verbandes und seiner Kreise im Rahmen ihrer Tätigkeit. Die Teilnahme am geschlossenen elektronischen Postfachsystem *@flvw.evpost.de erfolgt auf Grundlage der „Allgemeine Nutzungsbedingungen für das elektronische Postfachsystem des Fußball- und Leichtathletik-Verbandes Westfalen e.V. (FLVW).
- (4) Jedes Mitglied des Verbandes gemäß § 7 Absatz (1) haftet auch für Geldstrafen, Ordnungsgelder und Kosten, die gegen seine Einzelmitglieder von den Verwaltungsstellen oder Rechtsorganen des Verbandes oder der Kreise verhängt werden. Diese Haftung umfasst auch das Fehlverhalten von Personen, die nicht Vereinsmitglied sind und derer sich das Verbandsmitglied zur Durchführung seiner Aufgaben bedient. Die Haftung entfällt für ein Verhalten, das in Ausübung einer Funktion oder eines Wahlamtes für den Verband oder Kreis erfolgt. In diesem Sinne üben auch Schieds- und Kampfrichter eine Funktion aus, die mit dem Betreten der Sportanlage beginnt und mit dem Verlassen der Sportanlage endet.

§ 13 Rechtsgrundlagen

- (1) Die Satzung und Ordnungen sowie die Entscheidungen, die der Verband im Rahmen seiner Zuständigkeit erlässt, sind für seine Organe, Mitgliedsvereine und deren Einzelmitglieder bindend.
- (2) Neben der Satzung gelten folgende Verbandsordnungen:
 - a) Finanzordnung;
 - b) Fußballordnung;
 - c) Leichtathletikordnung;
 - d) Freizeit- und Breitensportordnung;
 - e) Jugendordnung der Fußballjugend;
 - f) Ehrungsordnung;

g) Geschäftsordnung.

Die Verbandsordnungen sind nicht Satzungsbestandteil.

- (3) Soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt, werden die Ordnungen gemäß Absatz (2) vom Präsidium mit Zustimmung der Ständigen Konferenz erlassen, geändert oder aufgehoben. Gleiches gilt für den Erlass, die Änderung oder Aufhebung weiterer Ordnungen.

§ 14 Beitragspflichten

- (1) Es sind ein Mitgliedsbeitrag zu leisten. Ferner erhebt der Verband für Verwaltungsleistungen Bearbeitungsgebühren. Die Höhe des Mitgliedsbeitrages und der Gebühren bestimmt die Ständige Konferenz. Für die Beschlussfassung ist eine 2/3 Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen notwendig.
Näheres regelt die Finanzordnung.
- (2) Neben dem Mitgliedsbeitrag nach Absatz (1) kann es im Einzelfall erforderlich sein, dass der Verband einen nicht vorhersehbaren größeren Finanzbedarf hat, der mit den regelmäßigen Beiträgen der Mitgliedsvereine nicht zu decken ist (z.B. nicht vorhersehbare Verschuldung, Finanzierung eines Projekts oder größere Aufgaben). In diesem Fall kann die Ständige Konferenz die Erhebung einer Umlage von den Mitgliedsvereinen beschließen. Der Beschluss ist mit 2/3 Mehrheit der erschienenen Mitglieder zu fassen. Die Voraussetzungen der Nichtvorhersehbarkeit sind zu begründen. Die Höhe der Umlage darf 25 % des durch den Mitgliedsverein zu leistenden Jahresbeitrages nicht übersteigen.
- (3) Das Präsidium kann in begründeten Einzelfällen Beitragsleistungen und -pflichten ganz oder teilweise erlassen oder stunden.
- (4) Die Beiträge sind zum 15.01. eines jeden Jahres fällig und werden im Lastschriftverfahren eingezogen. Jeder Mitgliedsverein verpflichtet sich, die erforderliche Erklärung zum Lastschrifteinzug abzugeben.

Kann eine Lastschrift durch fehlende Deckung oder sonstige Ursachen nicht eingezogen werden, trägt der Mitgliedsverein die entstehenden Kosten.
- (5) Die Ständige Konferenz ist ermächtigt, die Finanzordnung zu erlassen, zu ändern und darin Einzelheiten zum Beitrags- und Gebührenwesen des Verbandes zu regeln.

D. Die Organe des Verbandes

I. Grundsätze

§ 15 Die Verbandsorgane

- (1) Die Organe des Verbandes sind:
- a) der Verbandstag;
 - b) der Verwaltungsrat;
 - c) das Präsidium (zugleich Vorstand nach § 26 BGB);
 - d) die Ständige Konferenz.

- (2) Das Präsidium kann für den Verband und seine Kreise für bestimmte Angelegenheiten, insbesondere für die laufenden Geschäfte des Verbandes und der Kreise, Besondere Vertreter nach § 30 BGB bestellen, die für den Verband und / oder den Kreis Rechtsgeschäfte je Einzelfall bis zu einem Höchstbetrag von 10.000,00 EUR tätigen dürfen. Rechtsgeschäfte mit einem darüber hinausgehenden Volumen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Vizepräsidenten Finanzen. Die Aufgaben und Zuständigkeiten der Besonderen Vertreter werden durch das Präsidium in einer Geschäftsordnung geregelt.

§ 16 Amtsdauer und Ausscheiden von Organmitgliedern

- (1) Die Amtsdauer der Organmitglieder beträgt drei Jahre und beginnt mit der Annahme der Wahl. Wiederwahl ist zulässig. Die Organmitglieder bleiben nach Ablauf der Amtszeit bis zur Neuwahl oder kommissarischen Berufung im Amt. Diese Regelung gilt entsprechend für alle gewählten Verbands- und Kreismitarbeiter.
- (2) Scheidet ein Organmitglied während der Amtsperiode aus oder erfolgt keine vollständige Bestellung durch das Bestellungsorgan, so kann für die verbleibende Amtsperiode eine kommissarische Berufung vorgenommen werden:
- a) bei Präsidiumsmitgliedern durch den Verwaltungsrat;
 - b) bei Mitgliedern des Verwaltungsrates durch die Ständige Konferenz;
 - c) bei den übrigen Verbandsmitarbeitern durch das Präsidium;
 - d) bei den übrigen Kreismitarbeitern durch den Kreisvorstand.

Die kommissarische Ergänzung der Jugendgremien mit Ausnahme des Vizepräsidenten Jugend regelt die Jugendordnung.

§ 17 Vergütung der Tätigkeit, Aufwendungsersatz

- (1) Alle Satzungsämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt.
- (2) Bei Bedarf können diese Ämter im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten entgeltlich auf der Grundlage eines Dienst- oder Arbeitsvertrages oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach § 22 Nr.3 EStG oder § 3 Nr. 26 a EStG (Ehrenamtspauschale) ausgeübt werden.
- (3) Die Entscheidung über eine Tätigkeit im Rahmen des Abs. (2) trifft der Verwaltungsrat. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung.
- (4) Im Übrigen haben die Mitglieder und Mitarbeiter des Verbandes einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verband entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Porto, Telefon.
- (5) Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von einem Jahr nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendungen mit nachprüfbaren Belegen und Aufstellungen nachgewiesen werden.
- (6) Vom Verwaltungsrat können Pauschalen über die Höhe des Aufwendungsersatzes nach § 670 BGB festgesetzt werden.

- (7) Einzelheiten regelt die Finanzordnung.

§ 18 Beschlussfassung, Wahlen und Protokollierung

- (1) Die Organe des Verbandes sind unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder oder Delegierten beschlussfähig.
- (2) Alle Organe des Verbandes fassen ihre Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit diese Satzung keine anderen Regelungen vorsieht. Satzungsänderungen bedürfen einer 2/3 Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht berücksichtigt. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung. Sofern kein Abstimmungsberechtigter widerspricht, können Beschlüsse auch im schriftlichen Umlaufverfahren oder im Umlaufverfahren per e-mail gefasst werden. Für die erforderliche Mehrheit bei der Entscheidung im Umlaufverfahren gelten die vorstehenden allgemeinen Regelungen. Wird der Beschlussfassung im Umlaufverfahren innerhalb der gesetzten Frist widersprochen, muss die Beschlussfassung in einer ordnungsgemäßen Sitzung erfolgen.
- (3) Abstimmungen erfolgen offen per Handzeichen. Über einen Antrag auf geheime Beschlussfassung entscheidet die einfache Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen.
- (4) Wahlen sind grundsätzlich geheim. Liegt nur ein Vorschlag vor, so kann die Wahl offen per Handzeichen erfolgen, wenn dies die Versammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt.
- (5) Die Präsidiumsmitglieder und die Vorsitzenden der übrigen Gremien, Einrichtungen und Rechtsorgane des Verbandes und der Kreise werden einzeln gewählt. Es ist derjenige gewählt, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Wird diese Mehrheit bei mehreren Vorgeschlagenen von keinem erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, welche die höchsten Stimmzahlen erreicht haben. Haben Kandidaten die gleiche Stimmenanzahl wie einer der beiden erstplatzierten Kandidaten erreicht, nehmen auch sie an der Stichwahl teil. Gewählt ist dann derjenige, der nunmehr die meisten Stimmen erhält; bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los.
- (6) Die weiteren Mitglieder der übrigen Gremien, Einrichtungen und Rechtsorgane des Verbandes und der Kreise werden grundsätzlich in einem schriftlichen Wahlgang gewählt. Dabei hat jeder Stimmberechtigte so viele Stimmen, wie Ämter zu besetzen sind. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig. Gewählt sind die Kandidaten, die die meisten der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit erfolgt eine Stichwahl. Gewählt ist dann derjenige, der nunmehr die meisten Stimmen erhält. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Bewerben sich so viele Kandidaten wie Ämter zu vergeben sind, kann die Wahl offen per Handzeichen in einem Wahlgang erfolgen, wenn dies die Versammlung mit einfacher Stimmenmehrheit beschließt.
- (7) Wählbar für eine Organfunktion des Verbandes ist jede volljährige natürliche Person, sofern die Satzung an anderer Stelle keine andere Regelung trifft. Abwesende können gewählt werden, wenn sie ihre Bereitschaft zur Annahme des Amtes vorher schriftlich erklären.
- (8) Alle Beschlüsse und Wahlen der Organe sind schriftlich zu protokollieren und vom jeweiligen Protokollführer und vom Leiter der Versammlung zu unterzeichnen.

- (9) Soweit nichts anderes geregelt ist, finden auf Kommissionen, Arbeitsausschüsse und sonstige Einrichtungen und deren Mitarbeiter die §§ 16 bis 18 entsprechende Anwendung.

II. Verbandstag

§ 19 Ordentlicher Verbandstag

- (1) Der Verbandstag ist das höchste gesetzgebende Organ des Verbandes und findet in der Regel alle drei Jahre (möglichst im Monat Juni) statt.
- (2) Der Termin des Verbandstages und der Tagungsort werden durch das Präsidium festgelegt. Die Einberufung und Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung erfolgen durch das Präsidium 10 Wochen vorher in den Offiziellen Mitteilungen des FLVW.
- (3) Präsidium, Verwaltungsrat und die Ständige Konferenz sind berechtigt, bis 6 Wochen vor dem Termin des Verbandstages schriftlich Anträge zur Tagesordnung mit Begründung bei der Verbandsgeschäftsstelle einzureichen. Hierauf ist in der Einberufung hinzuweisen.
- (4) Die endgültige Tagesordnung wird vom Präsidium festgelegt und spätestens 4 Wochen vor dem Verbandstag in den Offiziellen Mitteilungen des FLVW bekannt gegeben. Hierbei reicht eine schlagwortartige Umschreibung der Beschlussgegenstände, bei Ankündigung von Satzungsänderungen die Bezeichnung der zu ändernden Satzungsbestimmung aus.
- (5) Nach Bekanntgabe der Tagesordnung können im Ausnahmefall noch Dringlichkeitsanträge bei der Verbandsgeschäftsstelle bis 8 Tage vor dem Verbandstag mit schriftlicher Begründung eingereicht werden.

Als Dringlichkeitsanträge sind nur solche Anträge zulässig, die innerhalb der oben erwähnten Fristen nachweisbar nicht eingereicht werden konnten und der Sache nach für den Verband von so herausragender Bedeutung sind, dass sie in die Tagesordnung des Verbandstages aufzunehmen sind. Das Präsidium hat diese Anträge unverzüglich nach Maßgabe von Absatz (4) bekannt zu geben. Ferner ist erforderlich, dass die Delegierten den Antrag mit einer 2/3 - Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten in die Tagesordnung aufnehmen. Anträge auf Satzungsänderung können nicht durch Dringlichkeitsantrag gestellt werden.

- (6) Ordnungsgemäße Anträge mit Ausnahme von Dringlichkeitsanträgen müssen den Delegierten spätestens 10 Tage vor dem Verbandstag in vollständiger Form bekannt gegeben werden. Bei Dringlichkeitsanträgen reicht die Bekanntgabe auf dem Verbandstag aus.
- (7) Der Verbandstag wählt auf Vorschlag des Präsidiums zu Beginn der Versammlung einen Versammlungsleiter.
- (8) Stimmberechtigt sind
- a) mit je einer Stimme die Mitglieder des Präsidiums;
 - b) mit je einer Stimme die Kreisvorsitzenden;
 - c) mit je einer Stimme die weiteren Delegierten der Kreise;
 - d) mit je einer Stimme die weiteren Delegierten gemäß dieser Satzung.

§ 20 Außerordentlicher Verbandstag

- (1) Das Präsidium kann jederzeit einen außerordentlichen Verbandstag einberufen, wenn dies im Interesse des Verbandes erforderlich ist. Es muss ihn unverzüglich einberufen, wenn der Verwaltungsrat oder mindestens 1/3 der Verbandsmitglieder die Einberufung unter Angabe von Zweck und Gründen schriftlich beantragen.
- (2) Die Ladungsfrist beträgt 3 Wochen.
- (3) Im Übrigen gelten die Regelungen für den ordentlichen Verbandstag entsprechend.
- (4) Die Abberufung von Mitgliedern des Verwaltungsrates und des Präsidiums aus wichtigem Grunde kann nur auf einem außerordentlichen Verbandstag beschlossen werden.

§ 21 Zusammensetzung des Verbandstages und Delegiertenschlüssel

- (1) Der Verbandstag setzt sich zusammen (Delegierte):
 - a) aus den Mitgliedern des Präsidiums;
 - b) aus den Kreisvorsitzenden;
 - c) aus den weiteren Delegierten der Kreise;
 - d) aus den Vorsitzenden der Ausschüsse gemäß § 33 Absatz (1);
 - e) aus dem Vorsitzenden der Verbandsspruchkammer als Vertreter der Sportgerichtsbarkeit;
 - f) aus den Vertretern der verbandsangehörigen lizenzierten Vereine des Ligaverbandes (§ 16 der DFB-Satzung);
 - g) aus den Ehrenmitgliedern, denen die Ehrenmitgliedschaft vor dem 16. Juni 2007 verliehen worden ist.
- (2) Die Anzahl der Kreisdelegierten bestimmt sich nach der Anzahl der dem jeweiligen Kreis zum 31. Januar des Jahres des Verbandstages zugeordneten Mitgliedsvereine. Je 25 angefangene Vereine können die Kreise 1 Delegierten zum Verbandstag entsenden.
- (3) Die verbandsangehörigen lizenzierten Vereine können für jeweils 2 Vereine einen Vertreter zum Verbandstag zusätzlich delegieren.
- (4) Jeder Delegierte hat nur eine Stimme; die Übertragung des Stimmrechts ist ausgeschlossen.
- (5) Die auf dem Verbandstag gewählten oder bestätigten Funktionsträger, die nach dieser Satzung kraft ihres Amtes stimmberechtigt sind, erwerben das Stimmrecht mit ihrer Wahl oder Bestätigung. Diese Bestimmung gilt entsprechend für die Kreistage.
- (6) Das bei Beginn des Verbandstages bestehende Stimmrecht der Delegierten dauert bis zum Ende des Verbandstages.

§ 22 Aufgaben des ordentlichen Verbandstages

Der ordentliche Verbandstag ist für folgende Angelegenheiten ausschließlich zuständig, soweit nicht in dieser Satzung etwas anderes geregelt ist:

- a) Entgegennahme der Berichte des Präsidiums, des Verwaltungsrates und der Verbandsspruchkammer;
- b) Beschlussfassung über die Entlastung des Präsidiums und des Verwaltungsrates auf der Grundlage des Prüfberichtes des Wirtschaftsprüfers;
- c) Beschlussfassung über den Jahresabschluss und die Ergebnisverwendung im Jahr des Verbandstages
- d) Wahl der Mitglieder des Präsidiums
- e) Wahl des Vorsitzenden und der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates;
- f) Wahl der Vorsitzenden der Ausschüsse gemäß § 33 Absatz (1) mit Ausnahme des Vorsitzenden des Jugendausschusses;
- g) Wahl des Vorsitzenden und der Beisitzer der Verbandsspruchkammer;
- h) Wahl des Vorsitzenden und der Beisitzer des Verbands-Leichtathletik-Rechtsausschusses;
- i) Wahl der Vertreter für den Beirat des WDFV gemäß § 24 Absatz (1) Ziffer 5 der Satzung/WDFV;
- j) Änderung der Satzung und Beschlussfassung über die Auflösung des Verbandes;
- k) Ernennung und Aberkennung von Ehrenmitgliedschaften (Ehrenpräsidenten und Ehrenmitglieder);
- l) Beschlussfassung über eingereichte Anträge.

III. Leitungs- und Führungsgremien des Verbandes, Geschäftsführung

§ 23 Verwaltungsrat

- (1) Der Verwaltungsrat besteht aus 8 Personen.
- (2) Der Vorsitzende des Verwaltungsrates und die weiteren Mitglieder werden vom Verbandstag gewählt. In der konstituierenden Sitzung wählen die Mitglieder des Verwaltungsrates einen stellvertretenden Vorsitzenden.
- (3) Die Amtszeit des Verwaltungsrates läuft parallel zur Amtszeit des Präsidiums.
- (4) Der Vorsitzende des Verwaltungsrates hat im Einzelfall ein Vortragsrecht in den Sitzungen des Präsidiums, über die er laufend zu unterrichten ist. Bei Bedarf wird er zu den Sitzungen des Präsidiums eingeladen. Er erhält ein Protokoll der Sitzungen des Präsidiums.
Der Verwaltungsrat kann die Befugnisse des Vorsitzenden auch einem anderen Mitglied des Verwaltungsrates übertragen.

§ 24 Aufgaben und Zuständigkeiten des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat kontrolliert und überwacht die Vorstandstätigkeit des Präsidiums. Ihm obliegen ferner folgende Aufgaben:

- a) die kommissarische Berufung von Präsidiumsmitgliedern gemäß § 16 Absatz (2) a);
- b) die Beschlussfassung gemäß § 17 Absatz (4) über Tätigkeiten auf Grundlage eines Dienst- oder Arbeitsvertrages oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach § 22 Nr. 3 EStG oder § 3 Nr. 26 a) EStG (Ehrenamtspauschale);
- c) die Festsetzung über die Höhe von Pauschalen nach § 670 BGB gemäß § 17 Absatz (7);

- d) das Recht zur Beantragung eines außerordentlichen Verbandstages gemäß § 20 Absatz (1);
- e) die vorherige Zustimmung zu Präsidiumsentscheidungen gemäß § 25 Absatz (5);
- f) die Auswahl der unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (WP) gemäß § 34 Absatz (2), welche die Revision und Prüfung der Geschäftsführung des Verbandes durchführt;
- g) die Prüfung der Geschäftsführungstätigkeit des Verbandes;
- h) die Entgegennahme der jährlichen Abschlussberichte der WP gemäß § 34 (4);
- i) die Stellungnahme zum jährlichen Abschlussberichtes des WP und Vorlage der Stellungnahme sowie des Berichtes an den Verbandstag bzw. an die Ständige Konferenz gemäß § 34 Absätze (4) und (5);
- j) das Vorschlagsrecht zur Ernennung von Ehrenpräsidenten und Ehrenmitgliedern gemäß § 22 j);
- k) die Beschlussfassung über sonstige Ehrungen und Auszeichnungen des Verbandes gemäß § 47 Absatz (4).

§ 25 Präsidium

- (1) Das Präsidium besteht aus:
 - a) dem Präsidenten;
 - b) dem Vizepräsidenten Fußball;
 - c) dem Vizepräsidenten Leichtathletik;
 - d) dem Vizepräsidenten Breitensport und Verbandsentwicklung;
 - e) dem Vizepräsidenten Jugend;
 - f) dem Vizepräsidenten Finanzen.
- (2) Personalunion innerhalb des Präsidiums ist unzulässig. Ein Präsidiumsmitglied darf nicht gleichzeitig Mitglied des Verwaltungsrates sein.
- (3) Das Präsidium ist zugleich Vorstand nach § 26 BGB.
- (4) Der Verband wird stets durch zwei Präsidiumsmitglieder gemäß Absatz (1) vertreten.
- (5) Die Geschäftsführungsbefugnis des Präsidiums ist in der Weise beschränkt, dass für Rechtsgeschäfte des Verbandes mit einem Volumen je Einzelgeschäft ab 150.000 EUR die vorherige Zustimmung des Verwaltungsrates einzuholen ist.
- (6) Sitzungen des Präsidiums werden durch den Präsidenten, bei dessen Verhinderung von einem anderen Präsidiumsmitglied einberufen und geleitet.

§ 26 Aufgaben des Präsidiums

- (1) Das Präsidium leitet den Verband.
- (2) Das Präsidium ist für alle Angelegenheiten des Verbandes im Rahmen der Geschäftsführung zuständig, soweit sie nicht durch diese Satzung ausdrücklich einem anderen Organ übertragen sind. Es setzt die Beschlüsse des Verbandstages, des Verwaltungsrates und der Ständigen Konferenz um, beschließt mit Zustimmung der Ständigen Konferenz die Haushaltsplanung und verwaltet das Verbandsvermögen.

- (3) Die Bestellung der Vertreter des FLVW für die Instanzen der übergeordneten Verbände gemäß § 6 Absatz (1) wird in der Geschäftsordnung geregelt.
- (4) Das Präsidium kann Verbands- und Kreismitarbeiter aus wichtigem Grunde abberufen, ihres gewählten Amtes entheben oder neu einsetzen. Wenn es die Interessen des Verbandes erfordern, kann das Präsidium Verwaltungsentscheide der Verbands- und Kreisorgane ersetzen.
- (5) Das Präsidium hat das Recht, den Verwaltungsrat bei Bedarf zu einer gemeinsamen Sitzung einzuberufen.
- (6) Das Präsidium bedient sich bei seiner Aufgabenerledigung einer hauptamtlich besetzten Geschäftsstelle, die ihren Sitz im SportCentrum Kamen Kaiserau hat. Der hauptamtliche Geschäftsführer leitet die Geschäftsstelle des Verbandes und nimmt alle laufenden sowie die allgemeinen Angelegenheiten der Geschäftsführung und Verwaltung des Verbandes wahr. Der Geschäftsführer untersteht unmittelbar dem Präsidium und ist nur diesem gegenüber verantwortlich und weisungsgebunden. Im übrigen gilt die Stellenbeschreibung des Geschäftsführers. Das Präsidium ist berechtigt, im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Verbandes den Geschäftsführer auf der Grundlage eines Dienst- oder Arbeitsvertrages anzustellen sowie weitere hauptamtliche Mitarbeiter einzustellen.
- (7) Personalangelegenheiten wie Anstellung und Beendigung von Arbeitsverhältnissen, sowie die Ausgestaltung der Vertragsverhältnisse liegen in der Zuständigkeit des Präsidiums.
- (8) Die interne Aufgabenverteilung legt das Präsidium in eigener Zuständigkeit fest. Dabei ist insbesondere festzulegen, welche Aufgaben und Zuständigkeiten in den Bereich der Gesamtgeschäftsführung fallen und durch einzelne Präsidiumsmitglieder eigenverantwortlich wahrgenommen werden (Ressortprinzip).
- (9) Der FLVW hat das Recht, über Fernseh- und Rundfunkübertragungen von Spielen und anderen sportlichen Wettbewerben, die im Gebiet des FLVW von seinen Mitgliedsvereinen veranstaltet werden, Verträge abzuschließen. Entsprechendes gilt auch für die Rechte bezüglich aller anderen Bild- und Tonträger gegenwärtiger und künftiger technischer Einrichtungen jeder Art und in jeder Programm- und Verwertungsform, - insbesondere über Internet und andere Online-Dienste sowie möglicher Vertragspartner.
Die hierzu erforderlichen Verhandlungen führt das Präsidium des FLVW. Der FLVW darf seine Rechte auf Dritte übertragen.
Die Einnahmen aus der Verwertung vorstehender Rechte stehen dem FLVW im Rahmen seiner Satzung und Ordnungen sowie vertraglicher Regelungen zu.
- (10) Soweit nicht anders geregelt, ist gegen Verwaltungsentscheidungen des Präsidiums der Antrag auf sportgerichtliche Entscheidung nach Maßgabe der Rechts- und Verfahrensordnung des Westdeutschen Fußball- und Leichtathletik-Verbandes (RuVO/WDFV) statthaft.

§ 27 Die Ständige Konferenz

- (1) Die Ständige Konferenz setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Präsidiums und den Kreisvorsitzenden und tritt im Kalenderjahr in der Regel zu drei Tagungen zusammen. Die Kreisvorsitzenden können sich durch ihren Stellvertreter vertreten lassen.

- (2) Die Ständige Konferenz wird vom Präsidenten, im Verhinderungsfall durch ein anderes Präsidiumsmitglied mit einer Frist von 4 Wochen unter Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung durch Veröffentlichung in den Offiziellen Mitteilungen einberufen und geleitet. Die endgültige Tagesordnung ist spätestens zwei Wochen vorher in den Offiziellen Mitteilungen bekannt zu geben. Hierbei reicht eine schlagwortartige Umschreibung der Beschlussgegenstände, bei Ankündigung von Satzungsänderungen die Bezeichnung der zu ändernden Satzungsbestimmungen aus.
- (3) § 19 Abs. 5 und 6 gelten entsprechend.

§ 28 Aufgaben und Zuständigkeiten der Ständigen Konferenz

- (1) Die Ständige Konferenz dient der Steuerung der Geschäftsführung des gesamten Verbandes und der Kreise. Sie dient der Verbindung und der Kommunikation zwischen den Organen der Verbandsleitung und den regionalen Belangen und Aufgaben der Kreise.
- (2) Aufgaben und Zuständigkeiten:
- a) Beratung des Präsidiums durch die Kreisvorsitzenden;
 - b) Beratung der Grundsätze der Geschäftsführung für die Kreisebene;
 - c) Zustimmung zur Haushaltsplanung des Verbandes;
 - d) Beschlussfassung über Satzungsänderungen zwischen den Verbandstagen auf Antrag eines Mitgliedes der Ständigen Konferenz;
 - e) Erlass der Aufnahme Richtlinien für den Verband gemäß § 8 Abs. 3;
 - f) Beschlussfassung über die Höhe der Mitgliedsbeiträge, Gebühren und Umlage gemäß § 14 ;
 - g) Erlass und Änderung der Finanzordnung des Verbandes ;
 - h) Kommissarische Berufung von Verwaltungsratsmitgliedern gemäß § 16 Absatz (2)
 - i) Entgegennehmen des Abschlussberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (WP) und ihrer Stellungnahme so-wie Beschlussfassung über die Entlastung des Präsidiums zwischen den Verbandstagen gemäß § 34 Absatz 5;
 - j) Beschlussfassung über den Jahresabschluss und die Ergebnisverwendung in den Jahren zwischen den Verbandstagen;
 - k) Zustimmung bei Erlass, Änderung oder Aufhebung von Verbandsordnungen gemäß § 13 Absatz (3);
 - l) Beschlussfassung über Änderungen der Gebietseinteilung gemäß § 5 Absatz (3), die jeweils nur mit Wirkung zum Beginn einer Amtsperiode (Legislaturperiode) erfolgen können.

E. Sonstige Einrichtungen und Gremien

§ 29 Der Fußball des Verbandes

Der Fußball des Verbandes und seiner Kreise wird geleitet und verwaltet nach Maßgabe dieser Satzung, der Fußballordnung sowie der Bestimmungen des WDFV und DFB, soweit diese Satzung oder die sonstigen Verbandsbestimmungen keine anderen Regelungen treffen.

§ 30 Die Leichtathletik des Verbandes

Die Leichtathletik des Verbandes und seiner Kreise wird geleitet und verwaltet nach Maßgabe dieser Satzung, der Leichtathletikordnung sowie der Bestimmungen des WDFV und DLV,

soweit diese Satzung oder die sonstigen Verbandsbestimmungen keine anderen Regelungen treffen.

§ 31 Der Freizeit- und Breitensport des Verbandes

Der Freizeit- und Breitensport des Verbandes und seiner Kreise wird geleitet und verwaltet nach Maßgabe dieser Satzung und der Freizeit- und Breitensportordnung, soweit die sonstigen Verbandsbestimmungen keine anderen Regelungen treffen.

§ 32 Die Jugend

- (1) Die Jugend des Verbandes ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII).
- (2) Die Jugend führt und verwaltet sich selbständig und entscheidet über die ihr über den Haushalt des Verbandes zufließenden Mittel im Rahmen der Verbandszwecke gemäß § 2 unter Berücksichtigung der Gemeinnützigkeit des Verbandes.
- (3) Die Jugend ist unterteilt in die Fachbereiche Fußball und Leichtathletik.
- (4) Die Aufgaben der Fachbereiche regeln die Jugendordnung der Fußballjugend und die Leichtathletikordnung.
- (5) Bei Bedarf arbeiten die Gremien der Fußballjugend und der Leichtathletikjugend zusammen.
- (6) Die Jugendgremien des Verbandes und der Kreise werden nach der Jugendordnung der Fußballjugend und der Leichtathletikordnung bestellt. Die Änderung der vom Jugendausschuss beschlossenen Jugendordnung der Fußballjugend und ihre Aufhebung beschließt der Jugendbeirat. Die Wahl des Vizepräsidenten Jugend gemäß §§ 22 c); 25 Absatz (1) d) bleibt hiervon unberührt.

§ 33 Ausschüsse und Kommissionen

- (1) Im Verband werden folgende ständige Ausschüsse eingesetzt, die dem jeweils zuständigen Präsidiumsmitglied fachlich unterstehen:
 - a) Fußballausschuss
 - b) Schiedsrichterausschuss
 - c) Leichtathletikausschuss
 - d) Jugendausschuss
 - e) Freizeit- und Breitensportausschuss
 - f) Ausschuss für Vereins- und Verbandsentwicklung

Die Zuordnung der ständigen Ausschüsse zu den jeweiligen Präsidiumsmitgliedern erfolgt über das Ressortprinzip gemäß § 26 Absatz (8). Zur Unterstützung der Ausschussarbeit können vom Präsidium Kommissionen berufen werden.

- (2) Das Präsidium ist im Übrigen ermächtigt, Arbeitskreise sowohl aufgaben- als auch projektbezogen befristet zu berufen und die damit zusammenhängenden Aufgaben und Zuständigkeiten sowie die Zusammensetzung und Arbeitsweise festzulegen.
- (3) Die Ausschussmitglieder müssen einem Mitgliedsverein angehören.

- (4) Die Vorsitzenden der Verbandsausschüsse werden durch den Verbandstag parallel zur Amtszeit des Präsidiums gewählt. Die weiteren Ausschussmitglieder werden auf Vorschlag des jeweiligen Ausschussvorsitzenden durch das Präsidium berufen. In ihren konstituierenden Sitzungen wählen die Mitglieder der Ausschüsse einen stellvertretenden Vorsitzenden. Die Sätze 1 bis 3 finden auf die Bestellung der Jugendgremien gemäß § 32 Absatz (6) keine Anwendung.
- (5) Das Präsidium regelt Einzelheiten zur Arbeitsweise der Ausschüsse in einer Geschäftsordnung.

§ 34 Revision

- (1) Die Revision wird jährlich durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (WP) durchgeführt. Die Geschäftsführungstätigkeit des Verbandes prüft der Verwaltungsrat.
- (2) Die WP wird durch den Verwaltungsrat alle 3 Jahre – parallel zur Amtszeit des Präsidiums - neu ausgewählt und mit der Jahresabschlussprüfung des Verbandes beauftragt.
- (3) In die Prüfung der WP ist auch das Rechnungswesen der Kreise des Verbandes einzubeziehen.
- (4) Die WP legt den jährlichen Abschlußbericht dem Verwaltungsrat vor. Dieser legt den Abschlußbericht mit seiner Stellungnahme dem Verbandstag als Grundlage für die Entlastung des Präsidiums vor.
- (5) In den Jahren zwischen den Verbandstagen ist der Abschlussbericht der Ständigen Konferenz vorzulegen, die dann über die Entlastung des Präsidiums beschließt.

F. Straf- und Ordnungsgewalt des Verbandes

§ 35 Rechtsprechung und Gerichtsbarkeit

- (1) Die Gerichtsbarkeit wird durch folgende Rechtsorgane ausgeübt:
 - a) Verbandsspruchkammer;
 - b) Verbandsjugendspruchkammer;
 - c) Bezirksspruchkammern;
 - d) Bezirksjugendspruchkammern;
 - e) Kreisspruchkammern;
 - f) Kreisjugendspruchkammern;
 - g) Verbandsleichtathletikrechtsausschuss.
- (2) Die Verfahren vor den Kammern regeln sich nach dieser Satzung sowie der Satzung/WDFV und der RuVO/WDFV; für die Leichtathletik nach dieser Satzung, der Satzung/WDFV, der Satzung DLV sowie den Ordnungen des DLV. Für die Rechtsprechung im Jugendfußball sowie die Zusammensetzung und Wahl der Jugendrechtsorgane gelten zusätzlich die Jugendordnung der Fußballjugend/FLVW sowie die Jugendordnung und Jugendspielordnung/WDFV.
- (3) Folgende Strafen und Maßnahmen sind zulässig:

- a) Verwarnung;
- b) Verweis,
- c) Ordnungsgelder gegen Vereine bis zu 500 EUR und gegen Einzelmitglieder bis zu 250 Euro
- d) Geldstrafen gegen Vereinsmitglieder, Schiedsrichter und Mitarbeiter der Kreise, der Bezirke und des Verbandes bis zu 1.500 EUR, gegen Vereine bis zu 7.500 EUR, hat der Verstoß des Betroffenen zu einer wirtschaftlichen Bereicherung geführt, kann die Geldstrafe um den Wert dieser wirtschaftlichen Bereicherung erhöht werden. In Fällen des § 12 Abs. 1 RuVO/WDFV gelten die darüber hinausgehenden Höchstgrenzen für Geldstrafen des § 9 RuVO/DFB.
- e) Platzverbot gegen einzelne Personen,
- f) Sperre gegen einzelne Personen auf Zeit – längstens drei Jahre – oder auf Dauer,
- g) Ausschluss auf Zeit – längstens drei Jahre – oder auf Dauer,
- h) Verbot der Ausübung einer Funktion im DFB, in den Regional- und Landesverbänden sowie im Verein auf Zeit – längstens drei Jahre – oder auf Dauer,
- i) Platzsperre oder Spielaustragung unter Ausschluss der Öffentlichkeit,
- j) Aberkennung von Punkten oder Ausschluss vom Wettbewerb in Spielen ohne Punktevergabe,
- k) Versetzung in eine untergeordnete Spielklasse,
- l) Verbot – bis zu fünf Spielen -, sich während eines oder mehrerer Spiele im Innenraum der Sportplatzanlage aufzuhalten,
- m) Verbot zur Ausübung der Ausbildungserlaubnis (Sperre) gegen C-Lizenz-Trainer und Übungsleiter auf Zeit – längstens drei Jahre – oder auf Dauer,
- n) Entzug der Trainer-C-Lizenz oder der Übungsleiterlizenz, wenn sie von einem der Landesverbände im WDFV erteilt worden ist,
- o) Verbot der Ausübung der Ausbildungserlaubnis (Sperre) gegen Fußball-Lehrer, A- und B-Lizenz-Trainer bis zu drei Monaten,
- p) Entzug der Lizenz oder des Ausweises im organisatorisch-verwaltenden und jugendpflegerischen Bereich, wenn die Lizenz oder der Ausweis von einem der Landesverbände im WDFV erteilt worden ist.

Diese Strafen und Maßnahmen können auch nebeneinander festgesetzt werden.

Die Erteilung zusätzlicher Auflagen ist zulässig.

- (4) Die Mitglieder der Rechtsorgane dürfen im FLVW kein anderes Amt bekleiden oder eine aktive Schiedsrichtertätigkeit ausüben. Innerhalb der Rechtsprechung ist eine Tätigkeit in anderen Rechtsorganen zulässig, die sich nicht in über- oder untergeordneten Rechtszügen berühren.
Die Mitglieder eines Rechtsorganes müssen verschiedenen Vereinen angehören.
- (5) Der Vorsitzende der Verbandsspruchkammer soll die Befähigung zum Richteramt haben.
- (6) Scheidet ein Beisitzer einer Spruchkammer während einer Wahlperiode aus, ist dieser aus dem Personenkreis zu ersetzen, der auf dem vorausgegangenen Kreis- oder Verbandstag zur Wahl angetreten hat, ohne die erforderliche Mehrheit erhalten zu haben.
Die Ergänzung hat nach der Reihenfolge der erzielten Stimmen stattzufinden.
Scheidet ein Vorsitzender einer Spruchkammer während einer Wahlperiode aus, so ist sein Stellvertreter grundsätzlich verpflichtet, den Vorsitz zu übernehmen, andernfalls aus der Mitte der Beisitzer der Vorsitz zunächst kommissarisch zu übernehmen ist. Scheidet ein stellvertretender Vorsitzender während einer Wahlperiode aus, so ist

die Spruchkammer verpflichtet, aus der Mitte ihrer Beisitzer einen neuen stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

- (7) Ist der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter verhindert, so ist der Vorsitzende, in seinem Verhinderungsfall sein Stellvertreter berechtigt und verpflichtet, ein Kammermitglied vorübergehend mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Vorsitzenden der Spruchkammer zu bestimmen.
- (8) Die Befugnisse der Verwaltungsstellen in Rechtsangelegenheiten ergeben sich aus §§ 3-6 RuVO/WDFV.
- (9) Das Verbandspräsidium beruft bis zu vier Schlichter für Schlichtungsverfahren nach der Ausbildungs- und Spielordnung des DFB. Die Schlichtungsverfahren werden entsprechend der Ausbildungsordnung/DFB durchgeführt. Vorstehende Bestimmungen finden auch Anwendung auf Inhaber der Fachübungsleiter C Fußball-Lizenz.

§ 36 Die Verbandsspruchkammer

- (1) Die Verbandsspruchkammer ist das oberste Rechtsorgan des Verbandes.
- (2) Die Verbandsspruchkammer besteht aus dem Vorsitzenden und 7 Beisitzern. In der konstituierenden Sitzung wählen die Mitglieder der Verbandsspruchkammer mit einfacher Mehrheit den stellvertretenden Vorsitzenden. Bis zur konstituierenden Sitzung bleiben die bisherigen Mitglieder der Verbandsspruchkammer im Amt.
- (3) Die Verbandsspruchkammer ist über die Zuständigkeitsregelung in der Rechts- und Verfahrensordnung des WDFV hinaus örtlich und sachlich zuständig im Frauenfußball - in I. Instanz für die Verbandsliga und die Landesliga, in II. Instanz für die Bezirksligen, in III. Instanz für die Kreisligen im Verbandsgebiet.
- (4) Die Verbandsspruchkammer ist zuständig für die Bestimmung der örtlichen Zuständigkeit der Spruchkammern für die vom Verbandsfußballausschuss gebildeten Bezirksligen der Frauen. Die Bestimmung hat durch Beschluß vor Beginn des Spieljahres zu erfolgen.

§ 37 Die Bezirksspruchkammern

- (1) Die Bezirksspruchkammern bestehen aus dem Vorsitzenden und 7 Beisitzern, die von den Kreisen gestellt werden, für welche die Bezirksspruchkammer in zweiter Instanz zuständig ist.
Jeder Kreis hat für die Bezirksspruchkammer mindestens ein Mitglied auf dem Kreistag zu wählen.
Die in der Reihenfolge nach der Anzahl der kreisangehörigen Vereine mitgliederstärksten Kreise haben jeweils ein weiteres Mitglied zu stellen, bis die Zahl acht erreicht ist. Vereine, die ausschließlich mit der Fachschaft Leichtathletik Mitglied im FLVW sind, werden bei der Berechnung nicht berücksichtigt.
- (2) In der konstituierenden Sitzung wählen die Mitglieder der Bezirksspruchkammer aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter mit einfacher Stimmenmehrheit. Bis zur konstituierenden Sitzung bleiben die bisherigen Mitglieder der Bezirksspruchkammer im Amt.
- (3) In 1. Instanz sind zuständig:
 1. die BSK I Nord für die Bezirksligastaffeln 11 und 12;
 2. die BSK II Ost für die Bezirksligastaffeln 1 und 3;
 3. die BSK III Mitte für die Bezirksligastaffeln 2 und 7;

4. die BSK IV Süd für die Bezirksligastaffeln 4, 5 und 6;
5. die BSK V West für die Bezirksligastaffeln 8, 9 und 10;

(4) Berufungsinstanzen gegen Entscheidungen der Kreisspruchkammern sind:

1. die BSK I Nord für die Kreise
Ahaus-Coesfeld, Münster, Steinfurt und Tecklenburg;
2. die BSK II Ost für die Kreise
Bielefeld, Detmold, Herford, Höxter, Lemgo, Lübbecke und Minden;
3. die BSK III Mitte für die Kreise
Beckum, Gütersloh, Lippstadt, Paderborn, Soest und Unna-Hamm;
4. die BSK IV Süd für die Kreise
Arnsberg, Hochsauerlandkreis, Iserlohn, Lüdenscheid, Olpe und
Siegen/Wittgenstein;
5. die BSK V West für die Kreise
Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Hagen, Herne und Recklinghausen;

§ 38 Die Kreisspruchkammern

Gültige Fassung für die Amtsperiode 2010/13 – längstens jedoch bis zum 28.06.2013

Die Kreisspruchkammern üben in den Kreisen die Rechtsprechung aus. Sie bestehen aus dem Vorsitzenden und 5 Beisitzern. In der konstituierenden Sitzung wählen die Mitglieder der KSK mit einfacher Mehrheit den stellvertretenden Vorsitzenden.

Gültige Fassung ab Amtsperiode 2013/16 – spätestens jedoch ab 29.06.2013

Die Kreisspruchkammern üben in den Kreisen die Rechtsprechung aus. Sie bestehen aus dem Vorsitzenden und 5 – 7 Beisitzern. In der konstituierenden Sitzung wählen die Mitglieder der KSK mit einfacher Mehrheit den stellvertretenden Vorsitzenden. Bis zur konstituierenden Sitzung bleiben die bisherigen Mitglieder der Kreisspruchkammer im Amt.

§ 39 Der Verbandsleichtathletikrechtsausschuss und das Schlichtungsverfahren

- (1) Für alle Streitfälle, die ausschließlich das Sportrecht der Leichtathletik betreffen, ist der Leichtathletikrechtsausschuss des Verbandes nach Maßgabe der Rechts- und Verfahrensordnung des DLV zuständig.
- (2) Der Vorsitzende und die Beisitzer des Verbandsleichtathletikrechtsausschusses werden auf dem Verbandstag gewählt.
- (3) Die Einzelheiten regelt die Leichtathletikordnung.

§ 40 Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges

Mitgliedsvereine und deren Einzelmitglieder sind wegen verbandsseitig gegen sie verhängter Strafen, Ordnungsmaßnahmen und Verwaltungsentscheidungen erst dann berechtigt, den ordentlichen Rechtsweg zu beschreiten oder verbandsfremde Stellen anzurufen, wenn der durch die Satzungen und Ordnungen des DFB, DLV, WDFV und FLVW eröffnete Sportrechtsweg vollständig ausgeschöpft ist. Die Nichteinlegung eines möglichen Rechtsbehelfs begründet unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges die endgültige Unterwerfung unter die verhängten Ordnungsmaßnahmen.

G. Die Kreise und ihre Organe

I. Grundsätze

§ 41 Die Kreisorgane

- (1) Die Organe der Kreise sind:
 - a) der Kreistag
 - b) der Kreisvorstand
- (2) Das Präsidium beruft auf Vorschlag des Kreisvorstandes nach Maßgabe von § 15 Absatz 2 neben dem Kreisvorsitzenden bis zu 2 weitere Kreisvorstandsmitglieder als Besondere Vertreter nach § 30 BGB. Es dürfen jeweils nur 2 Besondere Vertreter zusammen handeln.
- (3) Soweit nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist, finden auf die Kreise, seine Organe und Mitarbeiter die §§ 16 bis 18 entsprechende Anwendung.

II. Kreistag

§ 42 Ordentlicher Kreistag

- (1) Oberstes Beschlussorgan der vom Verband eingerichteten Kreise ist der Kreistag. Die ordentlichen Kreistage finden in der Regel alle drei Jahre an einem vom Kreisvorstand zu bestimmenden Tag und Ort statt. Die Kreistage haben mindestens 4 Wochen vor dem ordentlichen Verbandstag stattzufinden.
- (2) Die Einberufung erfolgt durch den Kreisvorsitzenden oder seinen Stellvertreter unter Bekanntgabe der Tagesordnung.
- (3) Der Kreisvorstand kann jederzeit einen außerordentlichen Kreistag einberufen, wenn dies im Interesse des Kreises oder Verbandes erforderlich ist. Er muss ihn unverzüglich einberufen, wenn mindesten 1/3 der kreisangehörigen Mitgliedsvereine die Einberufung schriftlich unter Angabe von Zweck und Gründen beantragt. Die Ladungsfrist beträgt 3 Wochen. Im Übrigen gelten die Regelungen für den ordentlichen Kreistag entsprechend.
- (4) Soweit nicht anders geregelt, gelten für Einladung, Tagesordnung, Anträge, Stimmrecht, Wahlen, Beschlüsse und Protokolle die Bestimmungen der §§ 18 bis 21 entsprechend mit folgenden Besonderheiten:
 - a) Antragsberechtigt sind
 - aa) die kreisangehörigen Mitgliedsvereine;
 - bb) der Kreisvorstand;
 - cc) die Kreisausschüsse;
 - b) Die Einberufung und Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung erfolgen 6 Wochen vor dem ordentlichen Kreistag.

- c) Anträge müssen spätestens 3 Wochen vor dem ordentlichen Kreistag schriftlich mit Begründung beim Kreisvorstand eingegangen sein.
- d) Die endgültige Tagesordnung wird vom Kreisvorstand festgelegt und spätestens 2 Wochen vor dem ordentlichen Kreistag bekannt gegeben.

§ 43 Zusammensetzung des Kreistages und Delegiertenschlüssel

- (1) Der Kreistag setzt sich zusammen aus (Delegierte):
 - a) den Mitgliedern des Kreisvorstandes;
 - b) dem Vorsitzenden des Kreisschiedsrichterausschusses;
 - c) dem Vorsitzenden des Kreisausschusses für Qualifizierung/Vereinsentwicklung;
 - d) den Delegierten der kreisangehörigen Mitgliedsvereine;
 - e) dem Vorsitzenden der Kreisspruchkammer als Vertreter der Sportgerichtsbarkeit.
- (2)
 - a) Fußballvereine und –abteilungen entsenden einen Delegierten. Die Zahl der Delegierten erhöht sich entsprechend der zum 31. Januar des Jahres des Kreistages zum Pflichtspielbetrieb gemeldeten Seniorenmannschaften (Frauen und Männer) bei 4 bis 6 Mannschaften um einen, bei 7 und mehr Mannschaften um zwei Delegierte. Bei Spielgemeinschaften werden die Mannschaften dem führenden Verein zugeordnet.
 - b) Leichtathletikvereine und -abteilungen entsenden einen Delegierten. Die Zahl der Delegierten erhöht sich bei mehr als 300 Vereinsmitgliedern um einen Delegierten.
 - c) Freizeit- und Breitensportvereine und -abteilungen entsenden einen Delegierten. Die Zahl der Delegierten erhöht sich bei mehr als 500 Mitgliedern um einen Delegierten.

Maßgeblich bei b) und c) ist jeweils der gemäß § 12 Absatz (2) zuletzt gemeldete Mitgliederbestand.

§ 44 Aufgaben des ordentlichen Kreistages

Gültige Fassung für die Amtsperiode 2010/13 – längstens jedoch bis zum 28.06.2013

Der ordentliche Kreistag ist für folgende Angelegenheiten ausschließlich zuständig, soweit nicht in dieser Satzung etwas anderes geregelt ist:

- a) Entgegennahme der Berichte des Kreisvorstandes und der Kreisspruchkammer;
- b) Beschlussfassung über die Entlastung des Kreisvorstandes;
- c) Wahl des Kreisvorstandes mit Ausnahme des Vorsitzenden des Kreisjugendausschusses;
- d) Wahl des Vorsitzenden des Kreisschiedsrichterausschusses;
- e) Wahl des Vorsitzenden des Kreisausschusses für Qualifizierung/Vereinsentwicklung;
- f) Wahl des Vorsitzenden der Kreisspruchkammer und der 5 Beisitzer;
- g) Wahl der Mitglieder für die zuständige Bezirksspruchkammer;
- h) Beschlussfassung über eingereichte Anträge.

Gültige Fassung ab Amtsperiode 2013/16 – spätestens jedoch ab 29.06.2013

Der ordentliche Kreistag ist für folgende Angelegenheiten ausschließlich zuständig, soweit nicht in dieser Satzung etwas anderes geregelt ist:

- a) Entgegennahme der Berichte des Kreisvorstandes und der Kreisspruchkammer;
- b) Beschlussfassung über die Entlastung des Kreisvorstandes;
- c) Wahl des Kreisvorstandes mit Ausnahme des Vorsitzenden des Kreisjugendausschusses;
- d) Wahl des Vorsitzenden des Kreisschiedsrichterausschusses;
- e) Wahl des Vorsitzenden des Kreisausschusses für Qualifizierung/Vereinsentwicklung;
- f) Wahl des Vorsitzenden der Kreisspruchkammer und der 5 – 7 Beisitzer;
- g) Wahl der Mitglieder für die zuständige Bezirksspruchkammer;
- h) Beschlussfassung über eingereichte Anträge.

III. Leitungs- und Führungsgremien der Kreise

§ 45 Der Kreisvorstand

- (1) Die Kreise des Verbandes werden durch den Kreisvorstand verwaltet und geleitet. Der Kreisvorstand ist für die Erreichung des Verbandszwecks auf Kreisebene zuständig, soweit nicht eine übergeordnete Zuständigkeit gegeben ist.
- (2) Der Kreisvorstand besteht aus:
 - a) dem Kreisvorsitzenden;
 - b) dem Vorsitzenden des Kreisfußballausschusses oder dem Fußballobmann;
 - c) dem Vorsitzenden des Kreisleichtathletikausschusses oder dem Leichtathletikobmann;
 - d) dem Vorsitzenden Kreisfreizeit- und Breitensportausschusses oder dem Freizeit- und Breitensportobmann
 - e) dem Vorsitzenden des Kreisjugendausschusses
 - f) dem Kreiskassierer.

Bei Zusammenschlüssen von Kreisen gem. §§ 5 Abs. 2, 28 Abs. 2 Buchstabe k), die ab der Amtsperiode (Legislaturperiode) 2013/16 wirksam werden, kann der hierdurch neu gebildete Kreis für die Dauer der auf den Kreiszusammenschluss nachfolgenden Amtsperiode den Kreisvorstand um einen geschäftsführenden Kreisvorsitzenden, der auf dem Kreistag zu wählen ist, ergänzen. Kreisvorsitzender und geschäftsführender Kreisvorsitzender führen und repräsentieren den Kreis gemeinsam und gleichberechtigt. Die Verteilung der Aufgaben erfolgt durch einen auf einem gemeinsamen Vorschlag des Kreisvorsitzenden und des geschäftsführenden Kreisvorsitzenden vom Kreisvorstand erstellten Geschäftsverteilungsplan. Die dem Kreisvorsitzenden nach der Satzung eingeräumten Rechte und Pflichten finden gleichermaßen auf den geschäftsführenden Kreisvorsitzenden Anwendung mit der Einschränkung, dass das Stimmrecht auf dem Verbandstag gem. §§ 19 Abs. 8 Buchstabe b), 20 Abs. 3, 31 Abs. 1 Buchstabe b) sowie in der Ständigen Konferenz gem. § 27 Abs. 1 der Satzung nur durch einen von ihnen in gegenseitigem Einvernehmen ausgeübt werden kann; in Zweifelsfällen obliegt dem Kreisvorsitzenden das Stimmrecht.

- (3) Auf Vorschlag des Kreisvorsitzenden kann der Kreistag bis zu drei weitere Mitglieder in den Kreisvorstand wählen. Bei drei zusätzlich gewählten Kreisvorstandsmitgliedern muss der Vorsitzende des Kreisausschusses für Qualifizierung/Vereinsentwicklung oder – sofern ein solcher Ausschuss im Kreis nicht besteht – ein Beauftragter für Qualifizierung/Vereinsentwicklung dem Kreisvorstand als zusätzliches gewähltes Mitglied angehören. Durch Beschluss des Kreisvorstandes können Vorstandsmitgliedern besondere Aufgaben übertragen werden.
- (4) Dem Kreisvorstand obliegt die kommissarische Berufung von Kreismitarbeitern gemäß § 16 Absatz (2) d).
- (5) Die Wahlen gemäß Absatz (2) a) bis d) und f) erfolgen auf dem ordentlichen Kreistag. Die Beisitzer der Ausschüsse gemäß Absatz (2) b) bis d) beruft der Kreisvorstand auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden. In Ihren konstituierenden Sitzungen wählen die Mitglieder des Kreisvorstandes und der Ausschüsse jeweils einen stellvertretenden Vorsitzenden. Auf die Bestellung der Funktionsträger der Jugend findet § 32 Absatz (6) Anwendung.
- (6) Die Bestellung der Kreisdelegierten für die Verbandstage des FLVW und des WDFV bleibt der Regelung in der Geschäftsordnung vorbehalten.
- (7) Der Kreisvorsitzende ist die spielleitende Stelle des Kreises. Für die fußballtechnische Durchführung der sportlichen Aufgaben des jeweiligen Kreises können jedoch zusätzlich Staffelleiter eingesetzt werden. Diese Staffelleiter sind für die Durchführung der Meisterschaft sowie der Pokalspiele in ihren Kreisen die spielleitende Stelle. Nach Maßgabe dieser Zuständigkeit haben sie das Recht, Verfahren vor den Spruchkammern anhängig zu machen.
Die Staffelleiter werden durch den Kreisvorstand berufen.

Verwaltungsentscheidungen der Staffelleiter als spielleitende Stellen können nach Maßgabe der Rechts- und Verfahrensordnung/WDFV mit der Beschwerde angefochten werden. Wird der Beschwerde nicht abgeholfen, entscheidet der Kreisvorstand als übergeordnete Verwaltungsstelle über diese Beschwerde. Dies gilt nicht, soweit der Kreisvorsitzende selbst spielleitende Stelle ist. In diesem Fall ist der Fußballausschuss gemäß § 33 Absatz (1) a) übergeordnete Verwaltungsstelle.

Näheres regelt die Fußballordnung.

§ 46 Die Kreisausschüsse und Kommissionen

- (1) Im Kreis werden folgende ständige Ausschüsse eingesetzt, die dem jeweils zuständigen Kreisvorstandsmitglied fachlich unterstehen:
 - a) Kreisfußballausschuss
 - b) Kreisschiedsrichterausschuss
 - c) Kreisleichtathletikausschuss
 - d) Kreisjugendausschuss
 - e) Kreisfreizeit- und Breitensportausschuss
 - f) Kreisausschuss für Qualifizierung/Vereinsentwicklung
- (2) Die interne Aufgabenverteilung legt der Kreisvorstand in eigener Zuständigkeit fest und regelt die Einzelheiten sowie die Arbeitsweise der Ausschüsse mit Ausnahme des Kreisjugendausschusses. Dabei ist insbesondere festzulegen, welche Aufgaben und Zuständigkeiten in den Bereich der Gesamtgeschäftsführung fallen und durch einzelne Kreisvorstandsmitglieder eigenverantwortlich wahrgenommen werden (Ressortprinzip).

Zur Unterstützung der Ausschussarbeit können vom Kreisvorstand Kommissionen berufen werden.

- (3) Der Kreisvorstand ist im Übrigen ermächtigt, Arbeitskreise sowohl aufgaben- als auch projektbezogen befristet zu berufen und die damit zusammenhängenden Aufgaben und Zuständigkeiten sowie die Zusammensetzung und Arbeitsweise festzulegen.
- (4) Die Ausschussmitglieder müssen einem Mitgliedsverein angehören.
- (5) Die Vorsitzenden der Kreisausschüsse werden durch den Kreistag parallel zur Amtszeit des Kreisvorstandes gewählt. Die weiteren Ausschussmitglieder werden auf Vorschlag des jeweiligen Ausschussvorsitzenden durch den Kreisvorstand berufen. Auf die Bestellung der Jugendgremien findet § 32 Absatz (6) Anwendung.
- (6) Der Kreisvorsitzende oder sein Stellvertreter hat in jedem Ausschuss Sitz und Stimme.
- (7) Von der Einsetzung der in Abs. 1 Buchstabe a – c, e – f genannten Ausschüsse kann der Kreis im Einzelfall bei Vorliegen wichtiger Gründe absehen. Die Beschlussfassung hierüber fasst zu Abs. 1 a - c und e - f der Kreistag.

H. Verbandsleben

§ 47 Ehrungen des Verbandes

- (1) Zu Ehrenmitgliedern des Verbandes können besonders verdiente Personen ernannt werden.
- (2) Zum Ehrenpräsidenten soll nur derjenige ernannt werden, der das Amt des Präsidenten des FLVW langjährig verdienstvoll geführt hat. Ehrenpräsidenten sind Ehrenmitglieder.
- (3) Der Verwaltungsrat hat das Recht, dem Verbandstag die Ernennung von Ehrenpräsidenten und Ehrenmitgliedern vorzuschlagen, der die Auszeichnung beschließt.
- (4) Nähere Einzelheiten sowie sonstige Ehrungen und Auszeichnungen, über die der Verwaltungsrat entscheidet, regelt die Ehrungsordnung.

§ 48 Datenverarbeitung und Datenschutz

- (1) Zur Erfüllung und im Rahmen des Verbandszwecks gemäß § 2, insbesondere der Organisation, Durchführung sowie anderer Bereiche des Spiel- und Sportbetriebes erfasst der Verband die hierfür erforderlichen Daten, einschließlich personenbezogener Daten von Mitgliedern der ihm angehörenden Vereine.

Der Verband kann diese Daten in zentrale Informationssysteme u.a. des deutschen Fußballs einstellen. Ein solches Informationssystem kann vom Verband selbst, gemeinsam mit anderen Verbänden, vom DFB, gemeinsam mit diesem oder von einem beauftragten Dritten betrieben werden.

- (2) Die Datenerfassung dient im Rahmen der vorgenannten Verbandszwecke
 - der Verbesserung und Vereinfachung der spieltechnischen und organisatorischen Abläufe im Verband sowie im Verhältnis zum DFB und dessen Mitgliedsverbänden;

- der Schaffung direkter Kommunikationswege zwischen Mitgliedern, Vereinen und Verband sowie zum DFB und dessen Mitgliedsverbänden.
- (3) Von den zur Erfüllung der Verbandszwecke gespeicherten Daten können Name, Titel, akademische Grade, Anschrift, Geburtsjahr, Berufs-, Branchen- oder Geschäftsbezeichnungen und eine Angabe über die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, der die Person angehört, insbesondere über die Vereinszugehörigkeit, unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zum Zwecke der Werbung für eigene Angebote des FLVW oder zum Zwecke der Werbung durch den FLVW für Angebote Dritter genutzt werden, sofern hierbei für den Betroffenen erkennbar ist, dass der FLVW die für die Nutzung der Daten verantwortliche Stelle ist. Die Betroffenen können der Nutzung der Daten widersprechen. Eine weitergehende Nutzung auf Grundlage einer vorherigen ausdrücklichen Einwilligung des Betroffenen bleibt vorbehalten.
- (4) Um die Aktualität der gemäß Absatz 1 erfassten Daten zu gewährleisten, sind die Vereine verpflichtet, die datenschutzrechtlichen Vorgaben für eine Datennutzung gemäß dieser Satzung zu schaffen und Veränderungen im Datenbestand umgehend dem Verband oder einem vom Verband mit der Datenverarbeitung beauftragten Dritten mitzuteilen. Verstöße hiergegen können nach der Rechts- und Verfahrensordnung des WDFV geahndet werden.
- (5) Der Verband und von ihm mit der Datenverarbeitung beauftragte Dritte sind bei der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der Daten an die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes gebunden. Sie stellen insbesondere sicher, dass die personenbezogenen Daten durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen vor der unbefugten Kenntnisnahme Dritter geschützt werden und ausschließlich die zuständigen Stellen Zugriff auf diese Daten haben. Dies gilt entsprechend, wenn der Verband ein Informationssystem gemeinsam mit dem DFB oder anderen Verbänden nutzt und betreibt (Absatz (1) Unterabsatz 2). Zugriffsrechte dürfen nur erteilt werden, soweit dies zur Erfüllung der Verbandszwecke notwendig oder aus anderen Gründen (insbesondere Absatz (3)) datenschutzrechtlich zulässig ist. Der Verband und von ihm mit der Datenverarbeitung beauftragte Dritte achten darauf, dass bei der Datenverarbeitung schutzwürdige Belange der betroffenen Mitglieder berücksichtigt werden.
- (6) Das Präsidium beruft – soweit gesetzlich erforderlich – einen Datenschutzbeauftragten nach den Bestimmungen des Datenschutzgesetzes.
- (7) Die Mitglieder des FLVW übertragen Ihre sich aus § 11 Abs. 2 Satz 4 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) ergebenden regelmäßigen Kontrollpflichten über die Einhaltung der beim Auftragsdatenverarbeiter DFB-Medien getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Datenschutz auf den FLVW (Landesverband).

§ 49 Benachrichtigungen

- (1) Veröffentlichungen und Bekanntmachungen der Organe, Verwaltungsstellen und Geschäftsstellen auf Verbands- und Kreisebene erfolgen jeweils freitags in den Offiziellen Mitteilungen des FLVW unter der Internetadresse www.flvw.de. Sie treten mit der Veröffentlichung in Kraft, sofern kein anderweitiger Wirksamkeitszeitpunkt getroffen ist.
- (2) Die Verbandsmitglieder im Sinne von § 7 dieser Satzung sind verpflichtet, sich vom Inhalt der vorgenannten Bekanntmachungen Kenntnis zu verschaffen. Einwendungen, dass die Veröffentlichungen der Offiziellen Mitteilungen des FLVW nicht bekannt

seien, sind unerheblich.

- (3) Organe, Verwaltungsstellen und Geschäftsstellen auf Verbands- und Kreisebene sind berechtigt, Bekanntmachungen auch durch schriftliche Mitteilung, sowie durch Veröffentlichung auf der Internet-Adresse www.flvw.de, durch Bereitstellung im elektronischen Postfach oder sonstiger Weise vorzunehmen, soweit nicht für den Verband geltende Bestimmungen eine anderweitige Form der Bekanntmachung vorschreiben.

§ 50 Haftungsausschluss

Für Schäden gleich welcher Art, die einem Mitglied aus der Teilnahme am Sportbetrieb, durch Benutzung der übrigen Verbandseinrichtungen oder durch Anordnungen und sonstige Entscheidungen der Verbands-, Kreis- und Rechtsorgane sowie der Ausschüsse entstehen, haften der Verband und seine Funktionsträger nur, wenn einem Organmitglied oder einer sonstigen Person, für die der Verband nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts einzustehen hat, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

I. Schlussbestimmungen

§ 51 Auflösung des Verbandes und Vermögensanfall

- (1) Die Auflösung des Verbandes kann nur in einem eigens zu diesem Zweck unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist vom Verbandspräsidium einberufenen außerordentlichen Verbandstag beschlossen werden.
- (2) Zur Auflösung des Verbandes ist eine Mehrheit von 4/5 der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
- (3) Bei Auflösung des Verbandes oder bei Wegfall seiner steuerbegünstigten Satzungszwecke fällt das Vermögen des Verbandes an die Westfalen Sport-Stiftung mit Sitz in Kamen, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.
- (4) Im Falle einer Fusion mit einem anderen Verein (Verband), fällt das Vermögen nach Vereinsauflösung an den neu entstehenden Fusionsverein bzw. den aufnehmenden Verein (Verband), der es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 52 Inkrafttreten

Diese Satzung wurde am 30.07.2007 neu gefasst und am 24.10.2007 im Vereinsregister eingetragen.
